

Die Wahlen im Westen.

Ursachen und Wirkungen.

aus dem Rheinland wird dem „Vorwärts“ geschrieben: nur im unmittelbaren Gebiete, im ganzen Lande der Parteien der Wahl in den Wahlkreisen Düsseldorf und Bonn und Westfalen und in den Rheinländern, Vermählung, die teilweise Erklärungen ausliefen. Das ist verständlich, wenn die Wahl der sozialdemokratischen Stimmen hatten selbstverständlich nicht erwartet. Die paar Separatisten, die das alles anerkennen, sind natürlich genau so überfordert worden.

Der Verlust, den die Wahlen in den Rheinländern politisch zu sich führt, auf Abwege. Denn der Verlust wird, für das Ergebnis in den dort die Partei führenden Wahlkreisen und Regionen verantwortlich zu machen, fordert sofort den Hinweis auf die Verluste der Partei, die in anderen Wahlkreisen und Regionen maßgebend waren, das Resultat aber kein besseres ist. Es hat hat 2208 großer Wahlkreise — ist fast heute noch — gewährt. Ebenso vielfach mit dem Spitzenkandidaten Geyer.

Die richtungspolitisch eingestellte Betrachtung der Wahlen bietet auf keiner Seite ein abgerundetes Gesamtbild.

Die eine entscheidende Unterdrückung ergeben sich neben ethnologischen Momenten von geringerer Bedeutung drei Faktoren, die das Ausschlagen der kommunistischen auf Kosten der sozialdemokratischen Stimmen erklären: für den engeren Bezirk von Bonn und im weiteren Bezirk der Rheinlande und in E. U. Die politische Zukunft des Reichs sozialistischer Arbeiter ist die Schlüsselrolle der Sozialdemokratie und die Verwertung von Bonn während des Streiks im rheinischen Braunkohlenbergbau. Die politische Sozialdemokratie hat ihrer Vereinigung gegen die Unterdrückung des Reichs sozialistischer Arbeiter, sondern aus innerer Notwendigkeit. Unter dem Vorzeichen der materiellen Befreiung, die auf Grund der außerordentlich schlechten wirtschaftlichen Lage auch nicht durch die ungenügenden heidenbottigen Kampf beteiligt oder auch nur gewährt werden konnten, stellen die Stimmen aber doch für die kommunistische Seite. Mehr aus Demonstration als aus Überzeugung und aus der Witterung heraus, die als wirtschaftliche Notwendigkeit vorzeitig erzwungen werden mußte, die wirtschaftliche, gesundheitspolitische und aller geistlichen Notwendigkeit und Umwidmung höflichstredende Nachfrage der rheinischen Braunkohlenarbeiter ist. Dazu die Verwendung von Schutzgeld während des Streiks. Die Kommunisten drängen im Weiteren die unmittelbaren und — wie allgemein anzunehmen wird — an der Spitze der Arbeiter und die Verwertung von Bonn während des Streiks. Es ist wunderbar vorgetrieben, was den entscheidenden Vorteil in einer Genossen und der Parteiteilnahme notwendig machte. Die Unterdrückungen schweben noch, namentlich über die Schere der vor dem Rheinischen Gebiet in Anspruch, die die Arbeiter fordern.

Die Wahlkreise für die Arbeiter und Dummheiten der antiken Legende trägt die Sozialdemokratie. Obgleich den Wählern und den Kritikern bekannt ist, daß die im besten Gebiete leben und daß die Ergebnisorgane nur unter der Verantwortung nicht aber unter der Initiative der deutschen Verwaltungen stehen. War so an sich schon die Situation keineswegs besonders günstig, die wurde noch verschlechtert durch den Verlust der Mitglieder. Die 25 000 Stimmen, die durch persönliche Eigenschaften, Streikertum und andere wenig angenehme Eigenschaften glatt verloren gingen, sind zum großen Teil die sozialdemokratischen Wähler gewesen. Die Mitglieder ist allerdings wie eine ganze Anzahl anderer Wähler nur die einzige erzwungene Entscheidung und Ergebnis der unangenehmsten Verwertung zu erklären.

Die Quelle des Übels liegt aber in dem traurigen Ende des Wahlkampfes. Der damit verbundene wirtschaftliche Zusammenbruch traf mit gleicher, verheerender Schwere das besetzte Gebiet, und dort wieder die Territorien, in denen die Schwerindustrie dahinführt.

Der hat im unmittelbaren Gebiete einen wirklichen Begriff von der wirtschaftlichen Not, die im allgemeinen grauenhafter Weise, ist maßgebend für das Resultat in ganz Rheinland und Westfalen. Dazu kommt der seit Jahren auf dem Gebiet laienpolitische Druck. Aus diesen Ursachen hat sich eine Stimmung gebildet, die sich bei der Wahl als weitaus verheerender Verlust und Verwertungsfähigkeit Ausdruck verschaffte.

Dort, wo der Wahlkreis Rheinländer über die Befreiungsgrenze hinausragt, im Oberbergischen, also bei Gummersbach und an der Sieg, hat die Sozialdemokratie sich glänzend geschlagen. Dort wurden Wahlverluste erlitten, die sich bei den in ganz Deutschland würdig an die Seite stellen können. Und das gleiche Resultat existiert nur, wo in letzter Zeit die wirtschaftlichen Folgen aus Mangel an großindustriellen Unternehmungen, also in den mehr ländlichen Gegenden, den fühlbar

stiel, nicht in der ganzen deutschen Härte fühlbar waren. Es ist so, und keine noch so raffinierte, ausgearbeitete Verwertung kann etwas ändern: Bessere Verhältnisse noch deren tatsächliche Einstellung zu den politischen Lagerfragen geben bei der Wahl den Ausschlag, sondern die als alleinige Folge der Unterdrückung übrig gebliebenen billigen politische Beteiligung und Vermählung. Keine gefühlte Not, keine noch so getrennte Kopie kommunistischer Methoden hätte unter dem in diesem Gebiete herrschenden Verhältnis dazu das Geringste geändert.

Es scheint so, als ob kein Gebiet und keine Arbeiterkategorie vor dem Schicksal kommunistischer Eingriffe verschont bliebe. Leber des Rheinlands sind die jetzt hinweggeräumt. Sie werden bald wieder, wenn auch im besten Gebiete normalere Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sein werden, wenn die Wismar-Verträge und der Zoll- und Verkehrsunion vernünftigen, auf dem Boden realer Möglichkeiten und geistlicher Umschauungen gefunden sind, verheeren. Die Arbeit der wertvollen Aufarbeitung der letzten Jahre allerdings, wenn auch im besten Gebiete normalere Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sein werden, wenn die Wismar-Verträge und der Zoll- und Verkehrsunion vernünftigen, auf dem Boden realer Möglichkeiten und geistlicher Umschauungen gefunden sind, verheeren. Die Arbeit der wertvollen Aufarbeitung der letzten Jahre allerdings, wenn auch im besten Gebiete normalere Wirtschaftsverhältnisse eingetreten sein werden, wenn die Wismar-Verträge und der Zoll- und Verkehrsunion vernünftigen, auf dem Boden realer Möglichkeiten und geistlicher Umschauungen gefunden sind, verheeren.

Millerands Verschwinden immer bestiger gefordert.

„Der billige Vertrag von Versailles.“

Paris, 28. Mai.

Nach der gestrigen Besprechung im Chateau zwischen Poincaré, Millerand, Briand und dem französischen Reichspräsidenten mit dem größten Beifall hat die französische Presse die folgende Resolution angenommen: „Der Vertrag von Versailles“ macht heute in unseren Werten als dem Nationalen Völk für die Dynamik Frankreichs verantwortlich und schreibt, die Lage, unter der man leidet, ist das Werk derjenigen, die den billigen Vertrag von Versailles gemacht haben, das Werk der künftigen Minister. Die Verantwortung der nichterträglichen Situation vom November 1919 her vorgetragen sei, das Werk der Regierung, die diese Kammer sich gegeben habe, das Werk in erster Linie Poincarés, der die Lage noch verschlimmert habe, und Millerands, der das, was geschah, gebildet oder gar gewollt habe.“

Das „Centre“ schreibt, daß das gestrige kurze Communiqué trotz seiner knappen Form „recht fasslich“ ist. Man sieht aus diesem Communiqué, so schreibt das Blatt, wie verantwortliche Minister sich bemühen, Politikern, die „strenge konstitutionell stehen, keineswegs öffentlichen Wandel haben die Lage darzulegen. Man sieht deutlich, wie viele einfache Arbeiter ein Resentiment empfinden, das zwar recht selbstverständlich erscheint, trotzdem aber eine scharfe Kritik selbst offenbart, die in den letzten zehn Jahren voran ging, während denen das Budget niemals in „hohem Gleichgewicht“, nicht einmal in ledigem Gleichgewicht gewesen ist.

Das britische Prestige und die Arbeiterregierung.

London, 28. Mai. (R.F.P.)

Im Unterhause führte Arbeitsminister Shaw aus, daß die britische Prestige ist beim Ausbruch der Arbeiterregierung geringer gewesen als seit Jahrhunderten. Die Rohmanne haben und die Hindus vereinigen sich im Widerstand gegen England. Die Regierung müßte geschickt eine treuhandpolitische Politik gegenüber der Türkei einleiten. MacDonald habe das britische Prestige in den Augen der Welt erhöht und dem Frieden beträchtlich nähergebracht. Die Regierung könne nicht in wenigen Monaten die rechten Fehler des Vorkriegs im Osten unterbreiten. Auf die Bemerkung des Vorkriegs, wie die Debatte heute über, in eine Erweiterung über Außenpolitik auszuarten. Shaw wies sich deshalb an das Thema halten, erklärte dieser, ohne eine vernünftige englische Außenpolitik könne sein Grund gegeben. Der frühere konservative Minister Johnson hat sich begründet einen Antrag auf Abwärtswendung von £200000000 auf 1000000000 Sterling. Der Arbeitsminister habe nicht einen einzigen Plan mitgeteilt, der auch nur für einen einzigen Mann Entwurf hätte. Die Regierung habe die dem Lande gemachten Verpflichtungen nicht erfüllt.

Zum zweiten Bürgermeister von Berlin wurde gestern der Bürgermeister von Charlottenburg, Dr. Gohls (D.P.), gewählt.

Der bisherige deutsche Gesandte in Stockholm, Adolph, ist gestern vom König in Stockholm als außerordentlich empfangen worden.

Festung für einen kommunistischen Jugendsekretär.

Leipzig, 28. Mai. (R.F.P.)

Vor dem Staatsgerichtshof am Gehalte der Republik hatte sich gestern der bisherige Sekretär der kommunistischen Jugend in Breslau Richard Wöden wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Nach der Anklage war die Tätigkeit Wödens, der sich seit Ende Oktober 1923 in Berlin befindet, darauf gerichtet, die von der kommunistischen Partei beabsichtigte gewalttätige Umgestaltung der Verfassung des Deutschen Reiches entsprechend den Anweisungen der Parteiführung vorzubereiten. Dem Angeklagten wurden mildernde Umstände angebilligt, da er ein politisches Mitglied gewesen sei und sich in der letzten Woche der Unterjüngerschaft in der Straße angeordnet. Drei Monate der Unterjüngerschaft hatte er drei Jahre drei Monate der Unterjüngerschaft bestritten.

Ein Güterband hätte vor einem Münchener Volkgericht — Güterbander werden bekanntlich nur in München abgeurteilt — natürlich Bewährungsfrist erhalten.

Wirtschaftspolitik.

Der internationale Devisenmarkt.

Berlin, 28. Mai.

Am Donnerstag setzte sich an der Berliner Börse die günstige Stimmung der Devisenläge fort. Die Nachfrage nach ausländischen Zahlungsmitteln nahm weiter ab. Auf Devisen konnten für Amsterdam, London und Schweden 2, fünf Prozent (Erhöhung gegen Mittwoch um 1 und gegen Dienstag um 2 Prozent), Schweden und Dänisch 20 und Stockholm 20 Prozent erzielt werden. Für die übrigen Devisen erforderte die Verteilung voll. Dollarkonten wurden mit 20 Prozent repariert. Allen Anleihen sind auf dem Devisenmarkt die seit Wochen drohende Gefahr für den Wechselkurs überstanden. Die Direktoren Dr. Wallberg am Mittwoch in einer Pressekonferenz mitteilte, die eine ähnliche Entwicklung vorausgesetzt, in absehbarer Zeit mit voller Verteilung zu rechnen.

Die Zuteilungen gingen unter der Regierung Cuno im Sommer 1923 auf einen Bruchteil eines Prozents zurück, so daß von einer Zuteilung der Devisen keine Rede sein konnte. Nach Einführung der Rentenmark 1923 setzte gegen Ende des Jahres 1923 eine Erhöhung der Deute bis auf 15 bis 20 Prozent für Amerika und Holland ein. Die Differenz zwischen in- und ausländischer Notierung führten dann zu großen Sonjerenanmeldungen, gegen die Dr. Schacht (Rat der Commerce) und Brabant, seine eigene (Schumann) ansetzte. Es blieb dann bei einer strengen Separierung, die für angelegte Devisen um 1 Prozent festlag. Natürlich führte dieser Zustand zu Unterdrückungen (Reparationskauf), Verzerrung und Verzerrung wichtiger Importartikel (z. B. Butter aus Dänemark). Die Wähler zur Verteilung stellt einen Erfolg dar, der wirtschaftlich nicht hoch genug, schon aus Gründen zunehmender Vertrauen zur Reichsbank und zur Rentenmark, einschätzen ist.

Wartung in der Remonteur Schilling und Wächter 2292 Geld, 2 1/2 Brief, Dollarkonten 4,25 Millionen.

Die Ausfahrt an französischen Automobilen betrug nach der französischen Handelsstatistik im März 1924 und 4088 Stück. Davon gingen nach Deutschland 971, England 500, Belgien 200, Frankreich 810 und dem Gesamtmarkt 238. Deutschland nahm also einseitig 41,5 Prozent der 1150 Autos ab, davon 138 Kraftwagen, auf der Export Frankreich wurde durch den hiesigen Zoll begünstigt. Im übrigen leidet die französische Automobilindustrie hart unter amerikanischen Konkurrenz; u. a. ist sie gezwungen, lange Kredite zu gewähren.

Verantwortlich für Politik, Wirtschaft und Finanzen: R. O. Schilling; für Gesellschaftliches und Lokales: Gott. Salpares; für Provinziales: Alfred Wellepp; für den Angehörigen: Wilhelm Gerlag, sämtlich in Halle. Verlags-Veranstaltung: G. m. b. H. Druck: Halle'sche Verlags-Veranstaltung, G. m. b. H. Halle, Burg 42/44.

Wollin. Geruchloses und billiges Sand-Baumittel hält das Leder weich und glänzend. Man verleihe Wollin in einschlägigen Geschäften, Konsumläden oder zum Fabrikpreis direkt von Karl Wollin in Gammelsdorf, Halle, Großfabrikation des bekannten Wollin-Sandbades. 114

Sie stehen vor unsern Schaufenstern

und wundern sich über die unvergleichlich billigen Preise. Ja, das Geld ist knapp und da hat unsere Fabrik kurzerhand

ohne Rücksicht auf ihre Selbstkosten die Preise unter Marktpreis herabgesetzt. Beschleunigen Sie Ihren Einkauf, so lange es noch Zeit ist, denn auch unsere Riesenvorräte können bald erschöpft sein.



- Beispiele:**
- Braune Kinder-Chevreux-Stiefel Gr. 20/22 4,80, Gr. 18/21 3⁹⁰
 - Braune Kinder-R-Chevr.-Stiefel Gr. 25/26,90 Gr. 23/24,20 Gr. 20/22 4⁹⁰
 - Braune Mädchen-Spangenschuhe Gr. 36/39 9,50 Gr. 34/35 5,50 Gr. 31/33 9,50 Gr. 29/30 7,50 Gr. 27/28 6⁹⁰
 - Mädchen echt Boxkalf-Spangenschuhe Gr. 34/35 8,90 Gr. 31/33 8,20 Gr. 29/30 7,50 Gr. 27/28 6⁹⁰
 - Damen-Halbschuhe, echt R-Chevr., echte Lackkappe. 8⁹⁰
 - Knaben-u. Mädchen-Stiefel, beste Verarbeitung, je nach Größe von 7²⁵ an
 - Herrn-Stiefel, la Rindbox, beste Verarbeitung. 11⁵⁰
 - Herrn-Halbschuhe, echt R-Chevr. 8⁹⁰
 - Herrn-Stiefel, echt R-Chevreux. 9⁸⁰
 - Herrn-Stiefel, beste Rahmenarbeit 12³⁰
 - Brauner Herren-Sport-Stiefel, Doppelsohle. 19⁵⁰

Wollin & Co. A.G. Halle, Burg 42/44
Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H. Halle, Schmeerstr. 1.



Halle und Saalkreis.

Halle, den 23. Mai 1924.

Wie klage ich vor dem Amtsgericht? Neuerungen ab 1. Juni d. Js.

Am 1. Juni 1924 tritt die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 2. Dezember 1923 ergangene Verordnung vom 13. Februar 1924 über das Verfahren in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten in Kraft, die eine Reihe von grundlegenden Neuerungen gegenüber dem bisherigen Zivilprozeßverfahren enthält. Es sollen im folgenden nur die das Verfahren vor dem Amtsgericht betreffenden wesentlichen Neuerungen erörtert werden, die für alle Rechtsgebieten von besonderer Bedeutung sind, da jede Partei nach wie vor einen Amtsgerichtsprozeß ohne Inanspruchnahme eines Rechtsanwalts führen kann.

Die Zuständigkeit der Amtsgerichte ist im § 23 des Gerichtsverfassungsgesetzes in der Fassung vom 22. März 1924 geregelt. Demnach erstreckt sich die Zuständigkeit der Amtsgerichte im wesentlichen auf vermögensrechtliche Ansprüche bis 500 Goldmark, ferner jene Ansprüche auf den Wert des Streitgegenstandes auf Mietverhältnissen wegen Ueberlassung, Benutzung oder Nützung von Käufern, auf Streitigkeiten zwischen Dienstverpflichteten und Gehilfen - diese Ausdehnung hat der sonst neuernungslos gebliebenen Familiengerichte nicht beseitigt - auf Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern hinsichtlich des Dienst- und Arbeitsverhältnisses, auf alle Ansprüche auf Erfüllung einer durch Ehe oder Verwandtschaft begründeten gesetzlichen Unterhaltspflicht, auf Ansprüche aus einem außergerichtlichen Vergleich u. a. m.

Bei allen diesen Streitigkeiten ist nun für das Verfahren vor dem Amtsgericht vom 1. Juni an die Neuerung eingeführt, daß auf Erhebung der Klage ein Güterverfahren vorausgesetzt ist. In diesen Grundzügen erfolgen einzelne Abänderungen, so z. B. wenn wegen des Anspruchs innerhalb des letzten Jahres vor einer Güterklage ein Ausgleich erfolgreich versucht worden ist oder wenn nach dem Ermessen des Gerichts die alsbaldige Klageerhebung durch einen wichtigen Grund gerechtfertigt wird. Der Inhalt des an das Amtsgericht zu richtenden Güterantrags deckt sich im allgemeinen mit dem Inhalt einer Klage übergeben. In allen anderen Fällen handelt es sich um die Vermeidung von Streitigkeiten, die aus dem gleichen Anlaß herbeiführen könnten. Einigen die Parteien sich hierbei nicht, so erteilt das Gericht einen Bescheid darüber, daß das Güterverfahren erfolglos geblieben ist, auf Antrag einer Partei wird aber der Rechtsstreit freilich verhandelt, d. h. es beginnt man der Prozeß, wie er bisher vor dem Amtsgericht geführt wurde. Erscheinen beide Parteien im Güterverfahren nicht, so wird der Güterantrag als zurückgenommen erklärt. Weicht nur eine Partei aus, so wird auf ihren Antrag sofort in das Streitverfahren eingetreten. Der Güterantrag gilt dann als Säugung und es kann Verjährungsfrist gegen die ausbleibende Partei eröfnet werden. Allerdings ist Voraussetzung für den Eintritt in das Streitverfahren für den Güterantragsteller die Stellung der Prozeßgebühren.

Im Güterverfahren können sich die Parteien durch Rechtsanwältinnen vertreten lassen. Das Gericht kann aber hier, sobald wie in jedem anderen Prozeßverfahren das persönliche Erscheinen der Parteien zur Aufführung des Prozeßverfahrens anordnen. Von dieser Befugnis soll das Gericht keinen Gebrauch machen, wenn der Partei wegen weiter Entfernung ihres Aufenthalts vom Gerichtsort oder aus sonstigen wichtigen Gründen (z. B. auch solchen persönlicher Art) die persönliche Wahrnehmung des Termins nicht angemeinert werden kann. Wenn also das persönliche Erscheinen einer Partei angeordnet ist, ist es Sache der Partei, solche wichtigen Gründe dem Gericht mitzuteilen, um die Befreiung vom persönlichen Erscheinen zu erwirken. Andererseits können vom 1. Juni an gegen eine ausbleibende Partei dieselben Geldstrafen (nicht Geldbußen) angeordnet werden, wie gegen einen ausbleibenden Zeugen. Die Befreiung unterbleibt, wenn die Partei zur Verhandlung einen Vertreter entsendet, der zur Aufführung des Verfahrens in der Lage und zur Wahrung der gegebenen Erklärungen (insbesondere auf einem Rechtsanwaltsamt) ermächtigt ist.

Im übrigen enthält die Verordnung eine Reihe neuer Vorschriften, die auf eine Vereinfachung des Prozeßes abzielen und demgemäß den Parteien Rechtsnachteile androhen, wenn sie ihr Verhalten im Prozeß verzögern. Es muß daher den Parteien dringend empfohlen werden, alles, was in dem Güterantrag (über der Klagefrist) bzw. in der Entgegnung vorbringen wollen, nach Möglichkeit auf einmal, nicht erst nach und nach, dem Gericht mitzuteilen.

zur Aufklärung des Sachverhalts anordnen. Von dieser Befugnis soll das Gericht keinen Gebrauch machen, wenn der Partei wegen weiter Entfernung ihres Aufenthalts vom Gerichtsort oder aus sonstigen wichtigen Gründen (z. B. auch solchen persönlicher Art) die persönliche Wahrnehmung des Termins nicht angemeinert werden kann. Wenn also das persönliche Erscheinen einer Partei angeordnet ist, ist es Sache der Partei, solche wichtigen Gründe dem Gericht mitzuteilen, um die Befreiung vom persönlichen Erscheinen zu erwirken. Andererseits können vom 1. Juni an gegen eine ausbleibende Partei dieselben Geldstrafen (nicht Geldbußen) angeordnet werden, wie gegen einen ausbleibenden Zeugen. Die Befreiung unterbleibt, wenn die Partei zur Verhandlung einen Vertreter entsendet, der zur Aufführung des Verfahrens in der Lage und zur Wahrung der gegebenen Erklärungen (insbesondere auf einem Rechtsanwaltsamt) ermächtigt ist.

Sünde und Schande!

In der Stimmungsrede gegen das Reichsnaphtaengesetz

Wird uns von autemterrichter Seite geschrieben: Zu den Unternehmern, die gegen das Reichsnaphtaengesetz besondere Stimmung machen, um die angelegende Körperpflicht zu befreien, daß das Gesetz geändert wird, gehört in erster Linie auch die „Deutsche Bergwerkszeitung“. Vom Tage der Annahme des Reichsnaphtaengesetzes durch den Reichstag an bis auf den heutigen Tag bringt sie immer wieder Artikel und Notizen, in denen gegen das NAG, gewiß mit Recht, vorgebracht werden. In die 40 Prozent angetan, die einem Naphtaerzwinde nach schätzbarer Dienstzeit nach dem NAG, als Rente zuteil kommen, die „Bergwerkszeitung“ scheint aber ein kurzes Gedächtnis zu haben, denn wir erinnern uns, daß dort vor einiger Zeit auch andere Töne angeklungen sind. Beim Reichsklärungsrat früherer Jahre, der die 40 Prozent angetan, die einem Naphtaerzwinde nach schätzbarer Dienstzeit nach dem NAG, als Rente zuteil kommen, die „Bergwerkszeitung“ unterstellt dabei auch die Frage, ob die Rente auf der alten oder auf der neuen Rente basieren sollte. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ unterstellt dabei auch die Frage, ob die Rente auf der alten oder auf der neuen Rente basieren sollte. Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ unterstellt dabei auch die Frage, ob die Rente auf der alten oder auf der neuen Rente basieren sollte.

„Wer kümmert sich um die alten Leute? Etwas jene Parteien, welche die soziale Gestaltung in Erbnacht haben? Die haben genug damit zu tun, für die Jungen, für die aktiven Arbeiter Lohnverhöhungen und sonstige Verbesserungen durchzusetzen. Wie selten ist und hört man einmal von sozialistischer Seite in den Sitzungen und in den Parlamenten ein Wort für die alten Leute! In der Politik geht es um die Macht. Die alten Leute sind kein Machtfaktor wie die aktiven Arbeitermassen, daher die Gleichgültigkeit.“

Etwas weiter heißt es dann noch im Artikel: „Es ist ein sehr schmerzliches und ein sehr schmerzliches, daß es aber auch für die alten Leute ein unpolitisches, die alten Leute können, wenn es noch dem Buchstaben geht, keinen Anspruch auf Erhöhung ihrer Rente machen. Wenn es nach dem Buchstaben geht, hat man ein Recht, sie verbürgen zu lassen. Aber es gibt auch unpolitisches, und diese sind mindestens ebenso bindend wie die rein formal-juristischen. Ein Volk, das auf Ehre hält, läßt seine Bekannten der Arbeit nicht zugrunde gehen.“

Der Bergarbeiterverband ist bereits damals ganz energisch dafür eingetreten, daß das Schicksal der alten Anwaltdienstmänner geteilt würde. Wenn es ihm nicht gelang, dies in dem Maße zu erreichen, so lag es hauptsächlich daran, daß die Kreise, die der „Deutschen Bergwerkszeitung“ nahestanden, diese Bemühungen zum Scheitern brachten. Inzwischen ist es aber dem Bergarbeiterverband gelungen, die Regierung und die Parteien des Reichstages (soweit sie beeinflusst, daß das NAG, angenommen worden ist. In diesem Falle wurde nun wiederum auf Drängen des Bergarbeiterverbandes bestimmt, daß auch bei allen Anwaltdienstmännern die gleiche Rente erhalten müssen wie die neueren, die jetzt inaktiviert werden. Man sollte nun meinen, daß die Vertreter des Deutschen Bergarbeiterverbandes von der „Bergwerkszeitung“ mit Freuden begrüßt würden, denn nun ist doch für die alten Leute wenigstens etwas besser vorgeordnet als im Jahre 1922. Aber weit gefehlt. Das Unternehmertum ergeht sich in Geratebungen des NAG, damit es geändert wird. In der Nummer 89 vom 13. April 1924 wird davon geredet, daß die „Bergwerkszeitung“ durch den Reichstag ihre hochgepriesenen Wünsche im Reichsnaphtaengesetz zu verankern wüßten“ und rühmt ihnen das als Schuld an, daß die Erhöhung der Rente in der Weise, wie sie das NAG, vorseht, vorgenommen worden ist.

Bei dieser Stellungnahme kann man nur ausrufen: „Erläre du, Graf Crinbur, mir diesen Zwiebelkopf der Natur.“ Man kann anders die Stellungnahme nicht betiteln, als daß die Sozialisten bis Kapitalis je nach Bedarf in moralischer Entzweiung zu machen können. 1921 war es noch Mode, daß man die älteren Arbeiter gegen die Jungen anspielte, die angeblich von der Arbeiterorganisationen und Parteien umschmeichelt wurden, weil sie einen politischen Machtfaktor bildeten. Heute, nachdem das NAG, in Kraft getreten ist und die Unternehmerrichter es wissen, daß viele junge Leute nicht gerne Beiträge zahlen, weil sie noch nicht daran denken, daß sie später auch alt werden, heute schlägt man einen anderen Ton an und redet von den hohen Leistungen, die die alten Leute bekommen. Doch die Unternehmerrichter, die alten Leute stellen, wenn sie ableben, mit ihrer Stimmungsrede die Bergarbeiter gegen das NAG, aufbringen zu können. Die deutsche Bergarbeiterzeitung ruft ihnen nur zu: „Sünde und Schande vor dem Reichsnaphtaengesetz!“ Wer das Reichsnaphtaengesetz ändern will, der wird die geschlossene Bergarbeiterzeitung gegen sich haben.

Der Molkereistil verboten. Die „Halleische Zeitung“ entwirft sich in ihrer heutigen Morgenausgabe in einem Lokalpolitikkritikell ganz fürchterlich darüber, daß die Berliner Milcherzeugnisse eine Maßnahme anordnete, die eigentlich schon vom hiesigen Polizeipräsidium hätte durchzuführen werden müssen. Das Wort lautet: „Die Angst vor der Ausbreitung des paterfamilialis Gedankens, der eigentlich das selbstverständliche und pflichtmäßige Gemeinwohl eines Volkes sein müßte und vor der Revolution auch in Deutschland nur, wärdt wieder einmal ins Spiel gebracht werden.“ Man verbot die Deutschen Züge, man schrieb und führte in der demokratischen und sozialistischen Presse wider die nationale Ausbeutung von Halle, selbst sogenannte bürgerliche Parteien

Sommerkleider

Weiße Voll-Voile-Kleider		Weiße Voll-Voile-Blusen	
Mit Spitzen-Motiven und Säumchen garniert . . .	11 50	Farbig gepasp. m. Doppelkragen und Volants . . .	29 50
Mit imit. Fileteinsätzen und Biesen garniert . . .	12 50	Durchgehend mit Hohlsaum u. Rüschen garn. . .	34 50
Reich mit Elinsätzen und Volants verarbeitet . . .	16 50	Kassakform, ärmellos, mit großem Kragen . . .	36 00
Mit farbigen Blenden und Hohlsaum . . .	19 50	Reich mit Durchbrucharbeit u. Handstickerei . . .	42 00
Aparte Stillform. m. Lagen und Rosetten garniert . . .	28 50	Mit echt Filet und Handhohlsäumen . . .	45 00
		Kimonform, kurze Ärmel, reiche Spitzenansätze . . .	4 90
		Kurzer Ärmel, mit imit. Filetmotiven und Bandgarnitur . . .	5 90
		Kurzer Ärmel, mit Hohlsaum und farbige Voile garniert . . .	6 50
		Jumperform, mit Säumchen u. farbigen Blenden . . .	9 75
		Jumperform, langer Ärmel, Stückerel und Hohlsaum . . .	10 75
		Mit langen Ärmeln, Jabot und Schalgarntur . . .	7 90
		Mit langen Ärmeln, Jabot, Hohlsaum und Spitzen . . .	9 50
		Mit Bubikragen und Jabot . . .	10 50
		Hemdform, reich mit Valencienneneinsatz garniert . . .	12 50
		Bubikragen mit Plissee und Säumchen reich garniert . . .	15 50

Wasch-Stoffe

Sportflanell gestreift für Blusen und Hemden . . . 1,15 85	69	Musseline für Sommerkleider in größter Auswahl . . . 1,20 98	78	Trachtenstoffe 80 cm. in neuesten Mustern	1 65
Perkal 80 cm breit, mod. Streifen, große Auswahl 1,20 1,10	98	Blaudruck für Kleider in vielen Dessins	1 15	Frotté ca. 100 cm, gestreift für Kleider und Röcke . . .	2 95
Zephir in neuen Mustern für Sportheimden und Blusen 1,60 1,45	1 25	Voll-Voile leicht und elegant, doppeltbreit, gemustert	1 45	Schweizer Voll-Voile 115 cm, in weiß und vielen Sommerfarben . .	2 40

Brummer & Benjamin

Gr. Ulrichstr. 22-23 und Rannischer Platz



Wahlversammlung. Ein beabsichtigter Angriffsfall ereignete sich auf dem Güterhofhof. Arbeiter der Firma Reich waren mit dem Entladen eines Wagens mit Feldhäufigkeit beschäftigt. Der Arbeiter Paul stellte sich auf dem Gelände dem beladenen Lastwagen. Durch Ansehen des Kraftwagens kam ein Stroh Stroh und Stroh und Stroh Arbeiter Paul so unglücklich ein, dass er einen Stroh über den Kopf schlug. Der beobachtende Mann wurde nach Anlegung eines Notverbandes dem Knappschützentrabenhaus in Krankenhaus angeführt.

Wahlversammlung. Aus dem Parteileben. Am Sonnabend, den 17. Mai, fand die erste Mitgliederversammlung nach den Wahlen statt. Mit dem Wahlresultat sind wir nach Lage der Umstände im allgemeinen zufrieden. Wenn wir die bei der Reichstagswahl erreichte Stimmenzahl bei der Stadterordnetenwahl nicht aufbrechen, so liegt es daran, daß der Wählerverein eine Bitte aufstellt und zwei Sitze erobert. Aber, auch die SPD, hat bei der Stadterordnetenwahl eines 100 Stimmen gegenüber der Reichstagswahl verloren. Trotzdem sie in einem Flugblatte den Wählerverein sowohl wie auch unsere Genossen hinterläßt und Vogel auf das heilige bekämpft. Die bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen die Grundbesitzer und Gewerbetreibenden, haben in diesem Wahlkampf mit uns und uns ganz nichtbeachtlich gearbeitet, nach hier am Orte noch nicht begreifen ist. Trotzdem ist es uns gelungen, ein Mandat zu erlangen. Es muß jetzt daran gegangen werden, unseren Mitgliederkreis zu vergrößern, um bei den kommenden Wahlen ein besseres Resultat zu erzielen. Von der Mitgliedsarbeitung wurde beschlossen, ein Exekutivrat, von Mitgliedern 2. März, zahlbar in vier Monaten, an die Ortsverwaltung abzuführen. Die Mitglieder werden ersucht, diesem Beschlusse Folge zu leisten. Die nächste Versammlung ist eine Generalversammlung, in der die Wahl des Gesamtvorstandes vorgenommen wird. Der Tag wird noch bekanntgegeben. Auf Genossen zur Arbeit! Ein jeder werde Mitglied für die Partei sowie neue Leser des „Volksblattes“.

Wahlversammlung. Die Elternbeiratswahl der hiesigen Volksschule, an der zwei Wahlvorstände (Christlich-sozialistische Liste und Liste der freien Gemeindefreien) eingeladen sind, findet am Sonntag, den 25. Mai, von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr nachmittags, im „Rathshaus“ statt.

Gründungsversammlung. Die erste öffentliche Sitzung der neu-geschafften Gemeindeverwaltung ist am Sonntag, den 25. Mai, abends 7 Uhr, im separierten Zimmer des Rathshaus-Schmidt angelegt. Auf der Tagesordnung steht: 1. Einführung und Bestätigung der neu-geschafften Gemeindeverwaltung, 2. Beschäftigung über die Tätigkeit der Wahl der Gemeindeverwaltung, 3. Wahl der Schöffen und des Gemeindevorstandes. Abends noch: Kenntnisnahme des Protokolls von der letzten Sitzung und Sonntag. Eine weitere Sitzung, welche in Kürze nach dieser ersten Sitzung einberufen werden wird, wird sich abends mit einer Reihe anderer Fragen beschäftigen. Versuchen wir den gemeinsamen Kommunalen vornehmen und gegebenenfalls den Haushaltsplan für das Jahr 1924/25 zu beraten haben.

Gründungsversammlung. Achtung, Bergarbeiter! Auf Sonntag, den 25. Mai, vormittags 10 Uhr, ist im Rathshaus zur Wahl eine Bergarbeiterversammlung angelegt. Kamerad Fugle (Senfendrag) spricht über die letzten Vorgänge im Bergbau. Zu dieser wichtigen Versammlung müssen alle in den Braunkohlenwerken beschäftigten Arbeiter bestimmt erscheinen. Bleibe fern!

Kleinrenten. Wie Winterferien. Die Regeln von Noad (die auf Grünsfelder Platz gegenüber von Kleinrenten liegt) wollte am Montag ihren Betrieb eröffnen. Leider stieß sich dabei heraus, daß die Dampfmaschine (wahrscheinlich als Winterferien) so große Schädlichkeit aufwies, daß der Betrieb nicht normal abgehen konnte. Zum größten Bedauern eines ganzen Anzahl von heimlich vertriebenen Arbeitstruppen mußten dieselben ihre Arbeitstätte wieder verlassen, bis die Instandsetzung der Anlage erfolgt sein wird.

Gemeindevertreterkonferenz der USPD.
für den Mansfelder See- und Gebirgsbezirk.
Sonntag, den 1. Juni, vormittags 10 Uhr, tagt im „Volksblatt“ zu Eisenberg eine
Gemeindevertreterkonferenz.
Tagesordnung: Welche Aufgaben haben wir in der Gemeinde zu erfüllen. (Referent: Landrat Henning G. S. (Verlegung).
An dieser Konferenz nehmen teil: sämtliche aus USPD, geborenen Gemeindevertreter, Schöffen, Amts- und Gemeindevorsteher, Kreisbauhofsmitarbeiter und Kreisbauhofsbedienstete, Bürgermeister, Magistratsmitglieder sowie Stadterordneten, Volksrätsliche Eisenberg und Die Untertagefortsetzung.

Keine Stilllegung der Mansfelder-H.-G.!
Dafür Entlassung von 1500 Arbeitern auf Hermannschaft und Bauerschaft!
Uns wird geschrieben:
Die letzte Zeit gehörte für das Gros der Mansfelder Bevölkerung, die Bergarbeiter, nicht zu den angenehmen. Neben der wenig beneideten Entlohnung schwebte noch das Damoklesschwert der Stilllegung des gesamten Betriebes. Wenn die Schließung der Gruben und Dütten aus irgendeinem Grunde hätte erfolgen müssen, wäre das zweifellos für die Mansfelder Rinde eine Katastrophe gewesen. Die Leitung der Mansfelder-H.-G. konnte angeblich nicht mehr weiter. Die Regierung mußte einspringen und helfen. Inzwischen ist die Lage abgeklungen, soll auch bei der bedrängten Bevölkerung gewährleistet, geboten werden. Einige gewiß nicht kleine Schwierigkeiten sind noch zu beheben, doch dürfte sich am wesentlichen Kern der Hilfe, die die Exekutive der Bevölkerung sichert, nichts ändern.
Inbes geht es nicht ohne einschneidende Nachteile ab. Nach unseren Informationen erfolgen für den hiesigen Hiltz nach unten heimlichen Bergarbeitern ungefähr 1000, auf dem Bauerschaft 500 Arbeiter die Arbeitsstätte verlassen.
Am Falle beschaffter arbeitsfähiger Unterbringung brauchte keine Kündigung zu erfolgen. Es muß sich somit um eine tatsächliche Entlassung handeln. Das ist für die davon Betroffenen, unter dem heimatlichen Gesichtspunkt betrachtet, und in Rücksicht der allgemeinen Arbeitslosigkeit beurteilt, eine schwere wirtschaftliche Schädigung, die wohl von allen davon Betroffenen ohne starke Inanspruchnahme öffentlicher Mittel kaum überwinden werden wird.
Es ist die Lage des Betriebes eine solche bittere Maßnahme überhaupt erforderlich macht oder ob hier die Gelegenheiten noch genannt wird im Interesse der Aktionäre willkommen. Finanzielle Erleichterungen zu schaffen, vermögen wir im Augenblick nicht positiv zu unterziehen. Jedemfalls soll der neue Vorkauf Mansfelds, der Volksgenossen, und von diesen wiederum Herr Wolf, als ein rigore Anführer darüber vertreten.
Im Mansfelder Land und auch in der Stadt Eisenberg herrscht eine niegekannte Arbeitslosigkeit. Die neue bevorstehende Entlassung arbeitet das Zufallsbild düster, grau in grau.
Eins aber ist trotzdem noch: Die Entlohnung der Bergarbeiter erfordert bringen der Aufrechterhaltung des menschlichen Körpers müssen doch mindestens erfüllt werden. Das ist nicht nur eine materielle, auch eine sittliche Forderung. Wenn irgendein solcher grünen Wider die bürgerliche Presse sich in quatschigen Zahlen und Zahlen über Volkswirtschaft und ähnliche Pamphleten ergibt, ist das im besonderen Falle der Mansfelder Bergarbeiter nicht nur geschnitten, sondern grenzt direkt an Verleumdung!

Razzia im Chinesenviertel Berlins.
„Schl. chinesische Waren“ — made in Germany.
Am Berliner Chinesenviertel, das sich seit einigen Monaten in der Rangen Straße und in der Marbus- und Krautstraße aufgeht hat, gab es gestern eine böse Liebererfahrung. Seit geraumer Zeit liefen bei den Behörden zahlreiche Klagen darüber ein, daß die in Berlin ansässigen Chinesen das Substitut in größter Art und Weise häßlich und hässliche Gegenstände, die als „schl. chinesische Waren“ angekauft werden, für unerbittlich böse Preise verkaufen. Das Bundesfinanzamt entschloß sich daher, zusammen mit dem Zollgrenzschutzamt eine Razzia im Chinesenviertel zu veranstalten. Die Beamten drangen unvermerkt in die Wohnungen der Chinesen ein und beschlagnahmten dort hundert die Waren, als auch die Geschäftsbücher. Die Säcke des fernem Ostens hatten sich hier in Berlin ganz nach heimlicher Weise eingerichtet und mochten häufig auf 16 und 17 Mann in einem Quartier, zusammen mit deutschen Jungen Mädchen und Frauen, auf deren Namen meist die Einkäufe der Waren vorgenommen wurden. Dabei wurde auch die Feststellung gemacht, daß die Chinesen meistens minderjährige in ihre Wohnungen gelockt hatten und dort bei sich behielten. Aus diesem Grunde wurde eine ganze Anzahl der ergriffenen Gäste verhaftet und sofort den ausländischen Behörden übergeben.
Die Durchsuchung der Warenlager erforderte fast einen ganzen Tag. Die Chinesen, etwa 500 an der Zahl, bezogen ihre Waren, Teezerbe, Schmuckwaren aus Knochen und Eisenstein, sowie den angeblich echt chinesischen Tee, der sich als die acuteste deutsche Lesorte erpuppte, in der Hauptsache von einer Firma in der Pringentstraße. Es wurde weiter festgestellt, daß die Chinesen der Hauptwarenlager in einer Ostwirthschaft hatten, die sich in der Krautstraße befindet. Die dort beschlagnahmten Aktien stellten allein einige Millionen an. Den gesamten Verdienst leiten die Gäste und dem Osten nicht etwa in Deutschland an, sondern er wurde, in fremde Staaten umgewandelt, von Zeit zu Zeit durch Bergarbeiter nach China geschafft. Da Bundesfinanzamt hat deshalb fast 400 Chinesen für den Restzeit verurteilt, um von den Umständen ihrer Steuererklärungen um andere Dinge näher Auskunft zu erhalten.

Codessturz im Automobil.
Auf der Berlin-Samburger Chaussee verunglückt.
Auf der Berlin-Samburger Chaussee ereignete sich unter der Rauen ein schwerer Automobilunfall. Der adonisch-jüdische Chauffeur Herr Levin S. im Automobil, der in Begleitung seiner Mutter H. G. von Berlin nach Berlin fuhr, verlor, als er einem entgegenkommenden Wagen ausweichen wollte, die Herrschaft über das Gefährt. Das Automobil, das in scharfem Tempo fuhr, überstieß sich mehrmals und blieb zertrümmert im Chausseegraben liegen. Schlimmverletzt war sofort tot. Seine Mutter, die einen doppelten Schädelbruch erlitten hat, wurde in ernstem Zustand in das Rauener Krankenhaus eingeliefert. Der Fahrer des Chauffeurs kam mit geringfügigen Verletzungen davon.
Müßler eines für tot Erklärten. Der Landbesorger Herr Franklin Reutheuser aus dem südbühmischen Städtchen Schallau vom Landbesorgeramt 82, der 1917 in russische Kriegsgefangenschaft kam und bereits vor zwei Jahren gerichtlich für tot erklärt worden ist, ist am Sonnabend in seine Heimat zurückgekehrt. Seine noch einem anderen Orte verlegene Gattin war eben im Begriffe, eine neue E. einzugehen. Der Herr Reutheuser bemerkte, daß noch viele vormals Kriegsgefangene Deutsche in Russland sich aufhalten.

Robert Zschiesche, Grafenhainichen

Vor der Pforte 1

möbel- und Ausstattungshaus

gegen Kasse und bequeme Teilzahlung

In riesiger Auswahl finden Sie bei mir Möbel aller Art und empfehle davon ganz besonders:

<ul style="list-style-type: none"> Speisezimmer Schlafzimmer herrliche Rücken in allen Farben Ankleideschränke Kleiderschränke Berlitz 	<ul style="list-style-type: none"> Speisezimmerische Wachstuchische Stühle jeder Art Diplomaten-Schreibtische Schreibischessfel Plüschsofas Ruhebetten 	<ul style="list-style-type: none"> Datenträumen Auftragematrassen Rordmöbel Spiegel, Bilder Kinderwagen Puppenwagen Standuhren
---	---	---

Ferner halte ständig auf Lager:

<ul style="list-style-type: none"> Herren-Anzügen Herren-Paletots Herren-Anzüge Herren-Entwässer Herren-Sommerjoppen Herren-Hosen, gestreift Herren-Hosen, Breccché 	<ul style="list-style-type: none"> Damen-Kleider Damen-Kleider Damen-Strickhosen Damen-Rosthosen Damen-Wäsche Bettwäsche weiß u. bunt Herren-Wäsche 	<ul style="list-style-type: none"> Festige Blusen Hemden-Barchent Belour-Barchent Beinkleider für Herren und Damen Bett-Zulette Gardinen
--	--	--

Niedrigste An- und Abzahlung

Käufer erhalten nach geleisteter Anzahlung sofort die Ware	Beschäftigung meines Lagers ohne Kaufzwang	Versand nach jeder Bahnstation
--	--	--------------------------------

Vertreter: Max Breske, Wittenberg, Schloßstr. 1, 1. Troppa
Vertreter: Gustav Sella, Plestertitz, Feldstraße 12

Vertreter: Hermann Nietzold, Bitterfeld, Wolfener Str. 5
Vertreter: Ewald Kühne, Greppin, Wolfener Straße 68